



## **Geschäftsführung Rechnungsprüfungsausschuss**

Ansprechpartner: Herr Klippel

Telefon: (0221) 221-23552  
Fax : (0221) 221-25501  
E-Mail: Horst.Klippel@stadt-koeln.de

Datum: 31.03.2009

# **Auszug**

## **aus dem Entwurf der Niederschrift der 37. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 24.03.2009**

**öffentlich**

### **5.1 Überörtliche Prüfung der Stadt Köln in den Jahren 2007 bis 2008 durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW 0258/2009**

Herr Timm-Arnold von der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA) erläutert die organisatorische Struktur der GPA und die grundsätzliche Vorgehensweise bei der Prüfung in Köln. Der Inhalt der Präsentation ist als Anlage 1 der Niederschrift beigefügt.

Herr Kaske spricht sich gegen die Anregung der GPA aus, sowohl die Anzahl der Ratsmitglieder, als auch die Anzahl der Ausschüsse zu reduzieren. Gerade in Köln wurde in der Vergangenheit einiges unternommen, um die Rats- als auch Ausschussarbeit effektiv und wirtschaftlich zu gestalten. Ein weiterer Einschnitt in die ehrenamtliche Arbeit der Ratsmitglieder sei nicht hinnehmbar. Herr Sörries fragt, wieso im Bereich der Kultur lediglich die Aufgabengebiete VHS, Musikschule und Stadtbibliothek eingehend untersucht wurden. Um für die Finanzprüfung der einzelnen Städte eine Vergleichbarkeit herstellen zu können, wurden laut Herrn Timm-Arnold nur vergleichbare Bereiche untersucht. Die drei genannten Kultureinrichtungen waren bei allen Vergleichsstädten vorhanden. Insofern wurde die gezielte Auswertung auf diese Bereiche beschränkt. Bezogen auf die Auswertung der Finanzmittel des Rates und der Ausschüsse weist er darauf hin, dass hier eine Transparenz geschaffen werden sollte, um unverbindliche Vorschläge zu möglichen Einsparpotenzialen zu unterbreiten.

Frau Dresler-Graf vertritt aufgrund eigener Erfahrungen die Auffassung, dass die angeregte Zusammenlegung des Stadtentwicklungsausschusses mit dem Verkehrsausschuss aufgrund der komplexen und quantitativen Vorgänge in keiner Weise praktikabel ist. Zudem sind die Sitzungszeiten der Stadträte nach dem Kenntnisstand von Herrn Simons in Köln am längsten, weil dieser im Vergleich zu anderen Stadträten mit einer geringeren Anzahl von Sitzun-

gen auskommt. Die Ausübung der Demokratie darf seines Erachtens nicht ausschließlich unter wirtschaftlichen Aspekten betrachtet werden. Herr Timm-Arnold hat Verständnis für die geübte Kritik. Er weist darauf hin, dass die aufgezeigten Vorschläge lediglich mögliche Handlungsoptionen für den Rat bzw. die Stadtspitze aufzeigen und die GPA die parlamentarische Arbeit auf Basis des geschilderten Verfahrens ausschließlich unter finanzwirtschaftlicher Sicht betrachtet hat.

Das aufgezeigte Einsparpotential bei den städtischen Grünanlagen kann Herr Kaske nicht nachvollziehen. Gepflegte Grünflächen zeichnen sich auch als positive Standortfaktoren aus. Da die GPA bei der Bewertung bzw. dem Vergleich der Ausgaben für die Grünanlagen von einem geringeren Standard ausgegangen ist, hat dies laut Herrn Timm-Arnold zu einem Vorschlag zur Kostenreduzierung geführt. Zudem sollten transparente Entscheidungsgrundlagen angeboten werden, anhand derer jede Stadt entscheiden kann, ob diese Flächen für die Bürgerinnen und Bürger vorgehalten werden sollen oder nicht.

Auch das aufgezeigte Einsparpotenzial bei den Kindergartenbeiträgen wird von Herrn Kaske kritisch bewertet. Hier wurden bewusste politische Entscheidungen getroffen, wobei nicht nur die Wirtschaftlichkeit als Bewertungsmaßstab herangezogen wurde, sondern auch weitergehende Aspekte, wie die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger, Beachtung fanden. Herr Timm-Arnold respektiert die Entscheidung des Kölner Stadtrates hinsichtlich der Höhe der Elternbeiträge für Kindergärten. Andere Städte wurden in der Vergangenheit aufgrund ihrer finanziellen Situation durch die Aufsichtsbehörde gezwungen, diese zu erhöhen. Daher soll jede Stadt im Wege der kommunalen Selbstverwaltung und abhängig von der Finanzsituation selbst entscheiden, welche Faktoren bei der Bemessung eine Rolle spielen und welche finanzielle Belastung tragbar ist.

Erfreut äußert sich Herr Kaske über das Ergebnis des landesweiten Vergleichs der Vergaben. Köln nimmt hier eine Spitzenposition ein. Er sieht dies als eine Bestätigung der bisher geleisteten Arbeit des Rechnungsprüfungsausschusses und des Rechnungsprüfungsamtes. Abschließend möchte er wissen, welche Position die GPA hinsichtlich einer Erhöhung der Vorlagegrenzen für die freihändige Vergabe von Maßnahmen aufgrund des Konjunkturpaketes II der Bundesregierung einnimmt. Zwar sollen durch die Maßnahmen rasch finanzielle Mittel in Märkte eingebracht und dadurch die Konjunktur gestärkt werden, dies darf laut Herrn Timm-Arnold aber nicht zu Lasten von etwaigen Kontrollmechanismen oder Missachtung von sonstigen Vorschriften geschehen. Er sieht die Anhebung insofern kritisch.

Herr Kaske bedankt sich bei den Vertretern der GPA für den Vortrag und die Teilnahme an der Sitzung.

#### **Beschluss:**

1. Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt den Prüfbericht Überörtliche Prüfung der Stadt Köln in den Jahren 2007 bis 2008 der Gemeindeprüfungsanstalt NRW sowie die Stellungnahme der Verwaltung gem. § 105 GO NRW zur Kenntnis.
2. Der Ausschuss verweist den Prüfbericht zur weiteren Beratung und Stellungnahme an alle Fachausschüsse.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt.